



Was **wir** wollen...

13 Gründe SPD zu wählen. **13 Gründe** gegen Schwarz-Gelb. **13 Gründe**, warum Frank-Walter Steinmeier Kanzler werden muss.

ARBEIT

Wir kämpfen für Arbeitsplätze: durch die Rettung unverschuldet in Not geratener Unternehmen, durch Konjunkturprogramm und Abwrackprämie, durch die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und durch den Deutschland-Plan von Frank-Walter Steinmeier.

Union und FDP haben das Ziel Vollbeschäftigung de facto aufgegeben und sich mit der Massenarbeitslosigkeit abgefunden. Für konkrete Pläne zur Schaffung neuer Jobs haben sie nur Hohn und Spott übrig. Außer dem Spruch „Arbeit muss sich wieder lohnen“ haben sie nichts zu bieten.

MINDESTLOHN

Wir arbeiten für den Mindestlohn – mit Erfolg. Für rund vier Millionen Arbeitnehmer haben wir ihn bereits in der Großen Koalition gesetzlich durchgesetzt. Wir wollen ihn flächendeckend in ganz Deutschland einführen.

Union und FDP lehnen Mindestlöhne ab. Dumpinglöhne sind ihnen egal. Ihr Credo: Die Lohnfindung soll dem freien Spiel des Marktes überlassen bleiben und gehe den Gesetzgeber nichts an.

KÜNDIGUNGSSCHUTZ

Wir kämpfen für den Erhalt des Kündigungsschutzes.

Union und FDP wollen die „Flexibilisierung“ des Kündigungsschutzes. Hinter diesem Tarnwort verbergen sie ihr Ziel, den Kündigungsschutz de facto abzubauen.

MITBESTIMMUNG

Wir sichern die Mitbestimmung.

Union und FDP wollen die Mitbestimmungsrechte von Gewerkschaften und Betriebsräten „modernisieren“. Das heißt im Klartext: einschränken, vor allem in kleinen und mittleren Betrieben, aber auch in großen Unternehmen.

BILDUNG

Wir stehen für ein klares Nein zu Studiengebühren.

Wo **Union und FDP** regieren, führen sie Studiengebühren ein. Die FDP will sogar jeder einzelnen Hochschule das Recht geben, Studiengebühren in unbegrenzter Höhe selbst einzuführen.

Wir wollen einen Bildungs-Soli für Einkommen ab 125 000 Euro (Verheiratete 250 000 Euro) einführen.

Union und FDP wollen dagegen u.a. den Spitzensteuersatz senken. Damit machen sie den Staat ärmer und die Reichen reicher. Die Folge: 80 Milliarden Euro Steuerausfälle und weiter wachsende Staatsverschuldung.

FINANZKRISE

Wir wollen eine Börsenumsatzsteuer, um Spekulationsexzesse zu verhindern. Wir wollen sinnvolle Investitionen statt gefährlicher Spekulationen. Schluss mit dem Casino-Kapitalismus.

Union und FDP setzen weiter auf die Allmacht des Marktes. Die Union hofft auf „die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft“. Die FDP spricht von „Staatsversagen, nicht Marktversagen“ und fordert einen „Re-Privatisierungsrat“ für die Finanzmärkte.

Wir bekämpfen Steuerhinterziehung und Steueroasen. Wer Geschäftsbeziehungen zu Steueroasen unterhält, soll über diese detailliert Auskunft geben, oder er muss mit Sanktionen rechnen.

Union und FDP fassen das Thema vor allem in Sonntagsreden an, in der Praxis bestenfalls mit Samthandschuhen.

GESUNDHEIT

Wir wollen die Bürgerversicherung für alle statt einer Zwei-Klassen-Medizin. Alle Einkommen sollen zur Finanzierung des Gesundheitssystems beitragen.

Union und FDP setzen auf die Schwächung der gesetzlichen Krankenversicherung, deren Leistungen auf eine „Grundversorgung“ reduziert werden sollen. Gesundheitsrisiken sollen so privatisiert werden.

ATOMKRAFT

Wir halten am Ausstieg aus der Atomkraft und dem Umstieg auf Erneuerbare Energien fest.

Union und FDP wollen den Atomausstieg kippen und die Laufzeit der Atomkraftwerke verlängern.

FRAUEN

Wir setzen auf eine effektive Frauenförderung: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und mehr Führungspositionen für Frauen – durch „verbindliche Regelungen“ statt unverbindlicher Appelle. Wir sagen Nein zur Herdprämie.

Die **Union** tut nichts, um Frauen bessere Bezahlung und bessere Jobs zu ermöglichen.

chen. Im Gegenteil: Mit der Herdprämie ködert sie die Frauen, zugunsten der Kindererziehung auf ihren Arbeitsplatz zu verzichten.

DISKRIMINIERUNG

Wir wollen die Diskriminierung Eingetragener Lebenspartnerschaften beenden und sie rechtlich mit der Ehe gleichstellen.

Die **Union** setzt weiter auf die Schlechterstellung Eingetragener Lebenspartnerschaften und lehnt eine rechtliche Gleichstellung mit der Ehe ab.

POLIZEI

Wir setzen auf eine konsequente Bekämpfung von Alltagskriminalität. Wir wollen keine Privatisierung der Inneren Sicherheit. Sie darf nicht zur Ware für Vermögende werden. Eine Vermischung von Polizei und Geheimdienst lehnen wir ab.

Union und FDP wollen ihre Privatisierungsideologie auch auf dem Feld der Inneren Sicherheit umsetzen. Sicherheit wird so zur Ware. Die Union will darüber hinaus die für eine Demokratie nötige strikte Trennung von Polizei und Geheimdiensten aufheben.

NPD-VERBOT

Wir wollen einen zweiten Anlauf für ein NPD-Verbot. Eine wehrhafte Demokratie darf ihre gefährlichsten Feinde nicht mit staatlicher Unterstützung gewähren lassen.

Union und FDP lehnen einen erneuten Antrag auf ein NPD-Verbot ab.

BUNDESWEHR

Wir setzen die Bundeswehr nur zur äußeren Verteidigung ein. Auslandseinsätze sollen nur mit UN-Mandat möglich und auch nur das „äußerste Mittel“ sein.

Die **Union** will die Bundeswehr als Militärpolizei auch im Innern einsetzen und die Auslandseinsätze der Bundeswehr ausweiten.

FÜR EIN SOZIALES DEUTSCHLAND

AM 27. SEPTEMBER 2009 SPD WÄHLEN!